



Thema: Prater Wien

Autor: L. Maisel

Neue Vorwürfe in Prater-Causa

Gutachten der Staatsanwaltschaft kritisiert Stadt Wien

Lina Maisel

Wien – Die scheinbar unendliche Geschichte der Causa des Prater-vorplatzes spinnt sich weiter: Im Jahr 2008 endete der Neubau des Entrees mit der Pleite der beauftragten Firma. Die Baukosten hatten sich von 30 Millionen Euro auf etwa 60 Millionen Euro verdoppelt. Nachdem das Kontrollamt schwere Kritik am Vorgehen der Stadt übte, trat die zuständige Vizebürgermeisterin Grete Laska (SP) ein Jahr vor der Wien-Wahl zurück. Nun beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft mit der Causa und gab ein Gutachten in Auftrag. Dabei geht es um die Frage nach dem Verbleib von einigen Millionen Euro, die die Stadt Wien investiert hat.

Schwere Vorwürfe treffen vor allem drei involvierte Firmen: die Riesenradplatz-Errichtungsgesellschaft RRPE, eine hundertprozentige Tochter der Stadt Wien, den Vertreter der finanzierenden Immoconsult sowie den von der Stadt beauftragten Totalunternehmer Explore 5D.

Schon bei der Vertragsunterzeichnung kam es zu ersten Problemen: Es wurde erst während bereits laufender Bauarbeiten unterschrieben. Weiters mangelte es laut Gutachten an „Kontrolle von eingesetzten Steuergeldern“. Der Vertreter der Immoconsult Paul Lintner soll die Projektstatusberichte nicht einmal gelesen haben. Lintner sagt laut Gutachten aus, dass es „bei einem Leasingnehmer

im Dunstkreis einer öffentlichen Gebietskörperschaft de facto gleich ist, ob das Bauwerk teuer wird“. Bei der Beauftragung der Firmen Immoconsult und Explore 5D kam es ebenfalls zu Unstimmigkeiten: Sie verlief laut Gutachten ohne öffentliche Ausschreibung und wurde „freihändig“ vergeben. Obwohl, wie das Gutachten weiter besagt, der Totalunternehmer Explore 5D „mit Projekten vergleichbarer Größenordnung keine substanzielle Erfahrung“ hatte.

Wahlkampf-Thema

Nachdem anfallende Mehrkosten ignoriert wurden, musste Explore 5D Insolvenz ankündigen. „Um eigenes Missmanagement zu vertuschen, wurde Explore 5D in Konkurs geschickt“, sagt die grüne Planungssprecherin Sabine Gretner. Im Ausgleichsverfahren wurde eine Gläubigerquote von 40 Prozent festgelegt, „wissend, dass man die Bauunternehmen an den Rand des Konkurses führt“. Gretner erwartet eine rasche Anklage.

Auch die anderen Parteien springen so kurz vor der Wahl gern auf das Thema auf: VP-Klubobmann Matthias Tschirf macht Bürgermeister Häupl politisch für den Skandalbau verantwortlich. Der freiheitliche Generalsekretär Harald Vilimsky fordert eine gemeinderätliche Untersuchungskommission. Die SPÖ will jedoch den Ausgang des Verfahrens abwarten, betont jedoch, an der Aufklärung interessiert zu sein.